

ANTRAG ZUM SCHLESWIG-HOLSTEIN-RAT

Unsere Landwirtschaft im internationalen Vergleich

Antragsteller: JU RD-ECK, JU Stormarn, JU Ostholstein

1 Die Junge Union SH fordert:

2 **Einleitung**

3 Die Landwirtschaft ist für uns ein maßgeblicher Wirtschaftszweig: Unsere Landwirtinnen und
4 Landwirte setzen sich tagtäglich dafür ein, dass unsere Gesellschaft mit Nahrung und anderen
5 Grundprodukten versorgt wird. Dabei stehen Sie teilweise vor großen nationalen sowie
6 internationalen Herausforderungen, die für erschwerte Arbeitsbedingungen und
7 Produktionsprozesse sorgen. Dies hat am Ende auch Einfluss auf die Bewirtschaftung der Höfe
8 und damit dem landwirtschaftlichen Betrieb als solchen in Deutschland. Unser Ziel als Junge
9 Union muss es sein, die politischen Weichen zu stellen, damit unsere Landwirtschaft
10 wettbewerbsfähig bleibt und auch auf künftige Herausforderungen durch sich verändernde
11 internationale Wirtschaftsbedingungen, ein sich änderndes Konsumverhalten sowie den
12 Klimawandel begegnen zu können.

13 **Wettbewerbsfähigkeit stärken**

14 Ein maßgeblicher Faktor für den Konkurrenzdruck, dem unsere Landwirtinnen und Landwirte
15 auf dem Markt ausgesetzt sind, sind nicht einheitliche Regulierungen und Standards auf dem
16 internationalen Markt, was am Ende zu unterschiedlichen Kostenbildungen und damit
17 Preisentwicklungen führt. Dabei ist grundsätzlich festzuhalten, dass wir die
18 Jugendorganisation der sozialen Marktwirtschaft sind und der Markt den Preis bestimmen
19 muss. Für uns muss aber auch klar sein, dass bei gleichen Produktionsbereichen auch für
20 Chancengleichheit gesorgt werden muss. Ein maßgeblicher Faktor sind dabei die
21 Regulierungen innerhalb der Europäischen Union. Die vertraglich vorgeschriebene geteilte
22 Zuständigkeit der EU sowie ihrer Mitgliedstaaten im Bereich der Landwirtschaft hat am Ende
23 zur Folge, dass in den einzelnen Mitgliedstaaten teilweise unterschiedliche Standards und
24 Sonderregelungen gelten. Diese Problematik wird insbesondere auch im Bereich der
25 Tierhaltung deutlich. Aufgrund der in Deutschland an die Haltungsform hochgestellten
26 Anforderungen werden diese teilweise ins europäische Ausland verlagert. Ziel muss es
27 deshalb sein, für gleichwertige Chancen auf dem Absatzmarkt zu sorgen. Ein Mittel ist, die
28 europäischen Standards im Bereich der Tierhaltung konsequent anzupassen und
29 Sonderregelungen auf das absolut notwendigste Minimum zu beschränken. Gleichzeitig muss
30 für solche Fertigprodukte von Betrieben, die bei tierischen Erzeugnissen entsprechende
31 Standards umsetzen, eine gesonderte Kennzeichnungspflicht geschaffen werden, wo
32 insbesondere auf die Art der Haltung und Verarbeitung hingewiesen wird. So wird der an
33 höheren Standards ausgerichteten Haltungsform und Produktion gegenüber Produkten aus
34 dem Ausland eine Aufwertung verschafft und gleichzeitig auch eine Aufklärung der
35 Konsumenten betrieben. Um die Marktfähigkeit der europäischen Produkte im Binnenmarkt
36 zu erhalten, müssen wir gleichzeitig dem steigenden Konkurrenzdruck durch Billigprodukte
37 aus dem Ausland entgegenwirken. Studien haben gezeigt, dass sich Konsumenten, auch wenn

38 sie vor einem Einkauf auf die Frage der Tierhaltung solche Produkte mit höheren Standards
39 bevorzugen, am Ende für das billigere, regelmäßig aus dem Ausland stammende Produkt
40 entscheiden. Um die Marktfähigkeit unserer Produkte entsprechend verbessern zu können,
41 muss bei Wirtschaftsabkommen der EU mit Drittstaaten daher maßgebliches Kriterium sein,
42 dass nur solchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, welche unter vergleichbaren Standards
43 wie die der EU-Mitgliedstaaten produziert wurden, der Zugang zum EU-Markt unter Nullzöllen
44 und Nullquoten ermöglicht wird. Produkte, die wesentlich von den europäischen
45 Tierwohlstandards abweichen, müssen wiederum mit Zöllen belegt werden, um eine
46 Preisangleichung zu vergleichbaren heimischen Produkten und damit eine
47 Konkurrenzfähigkeit unserer Landwirtschaft gewährleisten zu können.

48 Die Junge Union fordert daher:

- 49 • die konsequente Anpassung der Regelungen in der Tierhaltung in den europäischen
50 Mitgliedsstaaten und Reduzierung von Sonderregelungen,
- 51 • Kennzeichnungspflicht bei tierischen Erzeugnissen in Fertigprodukten für erhebliche
52 Abweichungen von den deutschen Tierwohlstandards, insbesondere Kükentötung,
53 Kastration und Käfighaltung,
- 54 • die Aufnahme der Regelung bei Wirtschaftsabkommen mit Drittstaaten, dass
55 landwirtschaftliche Produkte, die in die EU importiert werden, den EU-Standards
56 entsprechen müssen,
- 57 • landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Ländern, die wesentlich von den europäischen
58 Tierwohlstandards abweichen, mit Importzöllen zu belegen.

59 **Bürokratie abbauen**

60 Eine der größten Herausforderungen unserer landwirtschaftlichen Betriebe sind die
61 teilweisen hohen Auflagen und der damit verbundene bürokratische Aufwand, welcher allein
62 schon durchschnittlich rund einen Arbeitstag pro Woche in Anspruch nimmt. Unsere
63 Landwirtinnen und Landwirte müssen für viele Produktionsprozesse, Behandlungen von
64 Tieren, der Ausfuhr bzw. Weiterverwertung von Gülle (beispielsweise in einer Biogasanlage)
65 usw. genaueste Dokumentationen vornehmen. So muss beispielweise ein Hof, der seine Gülle
66 in einer eigenen Biogasanlage verwertet, die Masse, die in die Anlage eingeführt wird,
67 angegeben werden sowie die Masse, die wiederum der Anlage entnommen wird. Ähnliches
68 gilt für die medikamentöse Behandlung von Tieren, wo die genaue Menge und Zeit der
69 Verabreichung je Tier angegeben werden muss. Wir wollen sicherlich nicht unsere Standards
70 herabsenken; Dokumentationsprozesse sollten aber auf das absolut Notwendigste beschränkt
71 werden – nur auf das Maß, was auch erforderlich ist, um den gewünschten Zweck zu erfüllen.
72 Dabei muss gewährleistet sein, dass die Dokumentation ausschließlich digital erfolgen und an
73 die Behörden übermittelt werden kann. Um eine solche Reduzierung auf das Mindestmaß zu
74 gewährleisten und umzusetzen, muss bei der Verabschiedung neuer Regulierungen das
75 Konzept „1 in 2 out“ umgesetzt werden: Für jede neue Regel oder Auflage müssen zwei mit
76 gleicher Zweckrichtung gestrichen werden. Dadurch wird automatisch in dem
77 Gesetzgebungsprozess ein Überprüfungsauftrag eingebaut, welcher die Notwendigkeit zur
78 Überprüfung sämtlicher bestehender Regelungen auf Notwendigkeit und Effektivität
79 garantiert.

80 Die Junge Union fordert daher:

- 81 • die Umstellung auf komplett digitale Antragsprozesse,
- 82 • Dokumentationsprozesse auf das Notwendigste zu minimieren,
- 83 • die konsequente Umsetzung des Prinzips „one in two out“.

84 **Kommende Herausforderungen aktiv bewältigen**

85 Aber auch die sich ändernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen stellen
86 unsere Landwirtinnen und Landwirte vor große Herausforderungen. Steigende
87 Bevölkerungszahlen sowie der zunehmende Bedarf an Fleischersatzprodukten erfordern eine
88 Anpassung und auch Steigerung der Produktion. Dem steht jedoch das Problem der
89 Platzknappheit und Flächennutzung entgegen. Hinzu kommen zunehmende Belastungen des
90 Ernteertrages durch sich ändernde klimatische Bedingungen wie vermehrte Trockenphasen
91 oder Starkregenereignisse. Für eine Produktionssteigerung muss daher auch mehr in die
92 Forschung und Förderung alternativer Anbaumethoden investiert werden. Hierzu gehört zum
93 einen der Einsatz resilienter Pflanzen durch reglementierte Gentechnik, um diese vor
94 extremen Wettereinflüssen besser schützen sowie den Ertrag damit steigern zu können.
95 Gleichzeitig müssen wir auch alternative Anbaumethoden vorantreiben, um der durch
96 Flächenversiegelung sowie Renaturierung bedingten Platzknappheit begegnen zu können.
97 Beispielhaft ist das Hydroponik-Verfahren, wo die Pflanzen direkt in nährstoffreichem Wasser
98 angebaut werden und somit keine Erde mehr benötigen. Das ermöglicht auch den Anbau auf
99 versiegelten Flächen wie Gebäudedächern oder Hauswänden. Um auch dem sich ändernden
100 gesellschaftlichen Konsum gerecht zu werden, gleichzeitig aber einen möglichst
101 umweltschonenden Konsum und Produktion zu ermöglichen, müssen in diesem
102 Zusammenhang heimische Produktionsmöglichkeiten primär gefördert werden, wie
103 beispielsweise der Anbau von Erbsen zur Deckung des Proteinbedarfes. Der Import von Soja-
104 Pflanzen führt nicht nur zu höheren Umweltbelastungen durch den notwendigen Import,
105 sondern vermindert auch die Wertschöpfung der Landwirtschaft im eigenen Land. Um unsere
106 landwirtschaftlichen Betriebe für die kommenden Herausforderungen und die damit
107 verbundenen notwendigen Umstrukturierungen besser vorbereiten zu können, muss
108 gleichzeitig aber auch das bestehende Subventionierungssystem angepasst werden. Das
109 bestehende Prämiensystem der Entlohnung pro bewirtschafteten Hektar wird nicht mehr
110 ausreichend dem Aspekt einer nachhaltigeren Produktion durch einen Betrieb gerecht. Es
111 muss daher in eine Gemeinwohlprämie umgewandelt werden, die ein abgestuftes
112 Entlohnungssystem orientiert an dem Grad der nachhaltigen Bewirtschaftung vorsieht.
113 Gleichzeitig muss die pauschale Subventionierung abgeschafft werden. Diese ist nicht nur
114 nicht zielgerichtet und erreicht damit oftmals nicht den gewünschten Zweck, sondern führt
115 auch zu einer geringeren Akzeptanz bei anderen Betriebszweigen, wo eine solche Art der
116 Subventionierung nicht vorgesehen ist. Die Umstrukturierung der Landwirtschaft kann am
117 Ende aber nur gelingen, wenn sie in Zusammenarbeit mit den Landwirtinnen und Landwirten
118 erfolgt sowie auch von der Bevölkerung mit unterstützt wird. Die Politik kann und darf nicht
119 allein die Maßstäbe setzen; diese müssen aus der Landwirtschaft und von Expertinnen und
120 Experten kommen. Daher ist es zwingend notwendig, dass auch die Ergebnisse der Zukunfts-,
121 Borchertkommission sowie des Dialogprozesses Landwirtschaft mit den 24 Thesen 1:1
122 umgesetzt werden. Gleichzeitig muss die Politik mehr Aufklärung in der Bevölkerung

123 betreiben – sei es in der schulischen Ausbildung, über (soziale) Medien oder Hinweise auf
124 Verpackungen zu den Produktionsabläufen etwa mittels QR-Codes. Dadurch kann gerade auch
125 die Akzeptanz zukunftsgerichteter und neuer Produktionsmethoden etwa im Bereich der
126 Gentechnik gesteigert werden.

127 Die Junge Union fordert daher:

- 128 • die Förderung und Forschung alternativer Anbaumethoden, wie beispielsweise
129 Hydroponik,
- 130 • die Förderung der Entwicklung resilienter Pflanzen durch reglementierte Gentechnik
131 zur Anpassung an klimatische Herausforderungen sowie zur Steigerung des Ertrages,
- 132 • den Proteinbedarf, der insbesondere durch die zunehmend fleischlose Ernährung und
133 den hohen Bedarf an Kraftfutter für Milchvieh aufgekommen ist, durch die Forschung
134 und Förderung heimischer Produktionsmöglichkeiten von beispielsweise Erbsen zu
135 decken,
- 136 • das Prämiensystem der Entlohnung pro bewirtschafteten Hektar umzuwandeln zu
137 einer Gemeinwohlprämie mit Abstufungen je nach Grad der nachhaltigen
138 Bewirtschaftung,
- 139 • die pauschale Subventionierung der Landwirtschaft zu einem konkreten
140 Förderungssystem umzuwandeln,
- 141 • die konsequente Umsetzung der Ergebnisse der Zukunfts-, Borchertkommission sowie
142 des Dialogprozesses Landwirtschaft mit den 24 Thesen,
- 143 • Maßnahmen zur Förderung der Wertschätzung der Landwirtschaft und der Akzeptanz
144 zukunftsgerichteter und neuer landwirtschaftlicher Methoden.

145 **Implementierung neuer Technologien in unserer Landwirtschaft**

146 Wir brauchen eine Landwirtschaft 2.0, die fit für die Zukunft ist. Das gelingt uns nur mit
147 Technologieoffenheit: Die Politik darf nicht die Betriebe und ihre Produktion auf bestimmte
148 Technologien beschränken, sondern muss gezielt, aber vor allem technologieoffene
149 Forschungsprojekte zur Weiterentwicklung neuer Produktionsmethoden fördern. Gleichzeitig
150 müssen wir den hierfür notwendigen Netzausbau weiter vorantreiben sowie Testräume
151 schaffen, um die verschiedenen Technologien auf Effektivität erproben zu können. Die
152 effektivste und wirtschaftlichste Technologie wird sich dabei durchsetzen. Entscheidend ist,
153 dass wir offen sind für neue Verfahren und hierfür gleichzeitig die notwendigen rechtlichen
154 Rahmenbedingungen schaffen, um diese auch nutzbar zu machen. Beispielhaft sei das
155 autonome Fahren von elektrischen Traktoren genannt, was je nach Einsatzspektrum ein
156 flexibles Ballastieren ermöglicht und damit eine Reduzierung der Bodenverdichtung,
157 geringere Emissionsbelastungen verursacht sowie die Produktivität aufgrund von
158 Arbeitsentlastung durch eine bessere Möglichkeit der Arbeitseinteilung steigern kann. Solche
159 Technologien müssen gezielt gefördert und umgesetzt werden. Dabei muss bereits im Bereich
160 der landwirtschaftlichen Ausbildung angesetzt werden. Hierzu gehört aber nicht nur die
161 Vermittlung derartiger neuer Technologien, sondern auch möglicher Anschaffungsformen,
162 um diese im Betrieb einsetzen zu können. Denn gerade neu entwickelte Technologien werden
163 regelmäßig in der Anschaffung und Unterhaltung mit hohen Kosten verbunden sein, was

164 gerade für kleinere Betriebe schwer umsetzbar ist. Hier muss über neue Wirtschaftsformen
165 wie Maschinengemeinschaften für bestimmte Geräte nachgedacht werden.

166 Die Junge Union fordert:

- 167 • die Förderung von Forschungsprojekten zur Integration möglicher neuer Technologien
168 in die deutsche Landwirtschaft sowie die Schaffung der hierfür notwendigen
169 gesetzlichen Rahmenbedingungen,
- 170 • die Schaffung von Testräumen zum Erproben neuer Technologien,
- 171 • den Netzausbau auch im ländlichen Raum schnellstmöglich voranzutreiben,
- 172 • die Einführung des autonomen Fahrens von Treckern,
- 173 • die Behandlung alternativer Wirtschafts- und Anschaffungsformen, wie
174 Maschinengemeinschaften für Geräte, in der landwirtschaftlichen Ausbildung.

